

# Pressemitteilung

---

Nr. 59/21 vom 18.11.2021

---

Anzahl der Anschläge: 3.002

---

## **Bauministerkonferenz: Wohnungswirtschaft ruft zu deutlichem Einsatz für bezahlbares und klimaschonendes Wohnen auf**

**Berlin** – Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW appelliert an die heute und morgen in Erfurt tagenden Bauministerinnen und Bauminister von Bund und Ländern, ein starkes Signal für sozialen Wohnraum und eine bezahlbare Energiewende im Gebäudebereich zu setzen.

Die Zahl der geförderten und damit bezahlbaren Wohnungen sinkt seit Jahren. Nur um ihre Zahl zu stabilisieren, ist in den nächsten vier Jahren eine jährliche Neubauleistung von 80.000 Sozialwohnungen notwendig. Aktuell werden aber lediglich rund 26.000 Sozialwohnungen pro Jahr neu gebaut.

„Bezahlbarer Wohnungsbau wird durch den Fachkräftemangel, explodierende Baukosten und knappes Bauland ausgebremst. Realistischerweise kann gar nicht so schnell und so viel mehr neu gebaut werden, wie neue günstige Wohnungen gebraucht werden. Deshalb sollten Länder und Kommunen durch den Ankauf von jährlich 75.000 preissenkenden Belegungsbindungen und die Förderung von 60.000 bezahlbaren Wohnungen den anspruchsberechtigten Bürgern das bezahlbare Wohnen garantieren. Das würde für ganz Deutschland den sozialen Frieden sichern“, sagt Axel Gedaschko, Präsident des GdW.

„Damit würden wir wieder zu einer Politik zurückkehren, die über Jahrzehnte das sozial verträgliche Wohnen in Deutschland aufgebaut hat“, so Gedaschko. Dazu gehöre auch, die Mittel für die soziale Wohnraumförderung auf 5 Mrd. Euro jährlich zu erhöhen, je zur Hälfte finanziert von Bund und Ländern. Um das Bauen zu beschleunigen, sollten zudem Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht und digitalisiert werden. Alle Länder sollten die sogenannte Typengenehmigung in ihre Bauordnungen übernehmen, so dass Innovationen wie das serielle und modulare Bauen ihren Beitrag zur notwendigen Wohnraumversorgung leisten können.

„Soziale Gerechtigkeit braucht eine ausgewogene Politik sowie geeignete Maßnahmen, um den Anstieg der Baukosten zu bremsen“, sagt Gedaschko. Nur eine verpflichtende und konsequente Berücksichtigung von Folgekostenabschätzungen in Gesetzgebungs-, Normungs- und Bauplanungsprozessen kann die weitere Baukostensteigerung abbremsen. Zudem muss die Politik angesichts eines wachsenden Mangels an Materialien eine wirksame Rohstoffsicherung betreiben.

Um die Klimaziele beim Wohnen bezahlbar zu erreichen, muss die notwendige Wärmewende zu einer klimaneutralen Beheizung und Warmwasserbereitung führen. Klimaneutralität wird dabei nur über den Einsatz erneuerbarer Energien erreicht. Die vor Ort in den Wohnquartieren gewonnene erneuerbare Energie muss dazu sehr schnell und extrem vereinfacht verwendet werden können. Die Nutzung leitungsgebundener erneuerbarer Energien sollte vollständig im Gebäudeenergiegesetz und bei der Förderung anrechenbar werden. Zudem müssen die Fernwärmenetze für fossilfreie Wärme unterstützt werden, Wasserstoff auch im Gebäudebereich zum Einsatz kommen und kommunale Energie- und Wärmepläne umgesetzt werden.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.